

Stand: 17.05.2024 07:55:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21195

"Strafverfolgung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21195 vom 16.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22330 des VF vom 17.03.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22399 vom 26.04.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 113 vom 26.04.2022



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gabriele Triebel, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Strafverfolgung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration über Strafverfahren wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zulasten Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker, Ordensangehörige oder sonstige Beschäftigte der katholischen Kirche im Erzbistum München und Freising und in den anderen Bistümern der katholischen Kirche in Bayern mit Aussprache zu berichten. Dieser Bericht ist durch den Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich zu geben und soll Antworten zu den folgenden Fragen beinhalten:

- Wie viele Ermittlungsverfahren im oben genannten Sinne wurden seit dem Jahr 2010 durch die bayerischen Staatsanwaltschaften eingeleitet? Wie wurden diese Verfahren jeweils beendet? Wie viele Ermittlungsverfahren wurden aus welchen Gründen eingestellt? Zu wie vielen Verurteilungen mit welchem Strafmaß (mit und ohne Bewährung) kam es?
- Wie erhielten die Staatsanwaltschaften in diesen Verfahren jeweils Kenntnis vom Verdacht von Sexualstraftaten durch Personal der katholischen Kirche in Bayern? In wie vielen dieser Fälle sind die bayerischen Strafverfolgungsbehörden ausschließlich aufgrund der Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche tätig geworden? Wie viele dieser Strafverfahren gehen jeweils auf Missbrauchsgutachten der katholischen Erzbistümer in Bayern zurück, insbesondere auf den Abschlussbericht der bundesweiten MHG-Studie aus dem Jahr 2018 („Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“), für das Erzbistum München und Freising auf das Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl aus dem Jahr 2010 („Sexuelle und sonstige körperliche Übergriffe durch Priester, Diakone und sonstige pastorale Mitarbeiter im Verantwortungsbereich der Erzdiözese München und Freising in der Zeit von 1945 bis 2009. Bestandsaufnahme – Bewertung – Konsequenz“) sowie auf das Gutachten derselben Kanzlei aus dem Jahr 2022 („Sexueller Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker sowie hauptamtliche Bedienstete im Bereich der Erzdiözese München und Freising von 1945 bis 2019“)?
- In wie vielen Verfahren haben die jeweiligen Bistümer oder Gutachterinnen und Gutachter den Ermittlerinnen und Ermittlern die erforderlichen Akten ohne vorherige Aufforderung der Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt?

- In wie vielen Verfahren wurden den Ermittlern die erforderlichen Akten von den jeweiligen Bistümern oder Gutachterinnen und Gutachtern nicht zur Verfügung gestellt?
- In wie vielen Fällen seit dem Jahr 2010 fanden Beschlagnahmungen, Durchsuchungen von Wohnungen und Einrichtungen und andere Ermittlungsmaßnahmen durch die Strafverfolgungsbehörden statt? In wie vielen dieser Fälle erfolgten diese Maßnahmen nach bzw. auf Grundlage von Missbrauchsgutachten, insbesondere der genannten Gutachten der katholischen Erzbistümer in Bayern?
- Wann und wie erhielten die Strafverfolgungsbehörden Kenntnis von dem im Jahr 2010 von der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl im Auftrag der katholischen Kirche fertiggestellten ersten Gutachten über sexuellen Missbrauch in der Erzdiözese München und Freising?
- Wann hat die zuständige Staatsanwaltschaft sich das erste Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl aushändigen lassen, dessen Ergebnisse die Rechtsanwältinnen und -anwälte zusammen mit Kardinal Reinhard Marx und Generalvikar Peter Beer auf einer Pressekonferenz der Erzdiözese am 3. Dezember 2010 der Öffentlichkeit zusammenfassend vorgestellt haben? Ist es zutreffend, dass die zuständige Staatsanwaltschaft erst im Jahr 2018 das Gutachten erhielt? Wie bewertet die Staatsregierung diesen Vorgang vor dem Hintergrund, dass damit zu rechnen war, dass Vertuschungsversuche seitens damit befasster Stellen in der Erzdiözese nicht unwahrscheinlich bzw. bekannt waren?
- Von wem erhielt die zuständige Staatsanwaltschaft das erste Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl aus dem Jahr 2010? Handelte es sich dabei um das vollumfängliche Gutachten oder um eine geschwärtzte Fassung?
- Soweit die zuständige Staatsanwaltschaft das erste, 2010 vorgestellte Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl tatsächlich erst im Jahr 2018 angefordert haben sollte: Was waren die Gründe dafür? Fanden diesbezüglich schon vor dem Jahr 2018 Ermittlungen, insbesondere Vernehmungen, Beschlagnahmungen und Durchsuchungen, statt? Wenn nein, warum wurden hier die ermittelnden Möglichkeiten ab Ende 2010 nicht ausgeschöpft?
- Aus welchen Gründen ergingen nach Veröffentlichung des ersten Gutachtens der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl Ende 2010 keine Weisungen des Staatsministeriums der Justiz an die zuständige Staatsanwaltschaft, hier Ermittlungen aufzunehmen und das Gutachten in Augenschein zu nehmen und auszuwerten?
- Warum wurden von den 204 Strafverfahren, die nach der Veröffentlichung der MHG-Studie 2018 durch die bayerischen Staatsanwaltschaften eingeleitet wurde, 49 Verfahren wegen unzureichender Anhaltspunkte für eine Straftat oder mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt (vgl. die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Toni Schuberl und Gabriele Triebel vom 04.06.2020, Drs. 18/9383)? Was waren jeweils die konkreten Gründe für diese Einstellungen?
- Wie bewertet die Staatsregierung, dass Medienberichten zufolge die bayerischen Generalstaatsanwälte im Jahr 2018 bei einem Treffen aller deutschen Generalstaatsanwälte 2018 sich dafür eingesetzt haben sollen, nicht zu energisch gegenüber der Kirche zu ermitteln (vgl. Steinke, Wenn sich die Kirche über den Rechtsstaat stellt. Süddeutsche Zeitung, 22. Februar 2019)?
- Wie war der Erkenntnisstand der jeweils amtierenden Staatsministerin bzw. des Staatsministers der Justiz zur Frage und zum Stand möglicher strafrechtlicher Ermittlungen, insbesondere nach der öffentlichen Vorstellung des ersten Gutachtens der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl im Jahr 2010 zu Missbrauchsfällen im Erzbistum München und Freising sowie im Jahr 2018 nach Vorstellung der MHG-Studie? Welche Informationen wurden seitens der Staatsanwaltschaften der jeweils amtierenden Staatsministerin bzw. des Staatsministers der Justiz berichtet? Und was haben die jeweils zuständige Staatsministerin bzw. der jeweils zuständige Staatsminister der Justiz daraufhin veranlasst?

- Wie gingen und gehen die Staatsanwaltschaften vor, wenn sie Kenntnis davon erlangt haben, dass bayerische Bistümer Akten zu möglichen Missbrauchsfällen zur Begutachtung an Anwaltskanzleien oder an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler übergeben?
- Wie bewertet die Staatsregierung das Dunkelfeld an Missbrauchsfällen in den Bistümern? Wie geht die Staatsregierung hier vor, um Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche möglichst weitgehend aufzuklären?
- Wie beabsichtigt die Staatsregierung mit Blick auf die bekannt gewordenen Missbrauchsfälle vor dem Jahr 2010 (1946-2009) die Rolle des Staatsministeriums der Justiz sowie der bayerischen Justiz aufzuarbeiten?

### **Begründung:**

Die Veröffentlichung des Ende Januar 2022 vom Erzbistum München und Freising in Auftrag gegebenen Gutachtens der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl „Sexueller Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker sowie hauptamtliche Bedienstete im Bereich der Erzdiözese München und Freising von 1945 bis 2019“ hat bei vielen Menschen in Bayern Bestürzung hervorgerufen. Im Zuge der anschließenden öffentlichen Debatte, insbesondere bei den Beratungen im Plenum des Landtags am 2. Februar 2022 (siehe Drs. 18/19936 und 18/19939), wurden dabei Fragen zur Strafverfolgung durch die Justiz, v. a. durch die Staatsanwaltschaften, sowie zur Rolle des Staatsministeriums der Justiz seit dem Jahr 2010 aufgeworfen. Dabei steht im Raum, dass die Staatsanwaltschaften in Bayern ungeachtet des strafrechtlichen Legalitätsprinzips eventuell nicht in ausreichendem Maße ermittelt hätten. So seien die Staatsanwaltschaften – von Strafanzeigen durch Betroffene abgesehen – erst nach der Initiative der katholischen Kirche ermittelnd tätig geworden, das heißt nach Übergabe der erforderlichen Akten durch die Bistümer oder ihrer Sachverständigen an die Ermittlungsbehörden. Im Falle des ersten Gutachtens der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl für das Erzbistum München und Freising nahm die Staatsanwaltschaft das 2010 fertiggestellte Gutachten scheinbar erst mehrere Jahre später zur Kenntnis und leitete Ermittlungen ein. Nach Presseangaben hätten die Ermittlungsbehörden erklärt, es habe 2010 „wohl Presseberichterstattung gegeben, aber keine Anzeigen, sodass damals offenbar entschieden wurde, nicht von Amts wegen tätig zu werden“ (vgl. Süddeutsche Zeitung, Thema der Woche, 22.01.2022, Sexualstraftaten – Im Namen des Volkes). Auffällig ist auch, dass viele der Ermittlungsverfahren zu den 2018 im Rahmen der MHG-Studie bekannt gemachten Verdachtsfällen, die ebenso erst nach Herausgabe der Informationen durch die beteiligten bayerischen Bistümer in Gang kamen, wegen Verjährung eingestellt werden mussten (vgl. die Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Toni Schuberl und Gabriele Triebel vom 04.06.2020, Drs. 18/9383). Dabei war allerdings bekannt, dass in der katholischen Kirche seit langer Zeit Missbrauchstaten vertuscht wurden und auch immer wieder neue Fälle ans Licht kamen, trotz der Bereitschaft der katholischen Kirche zur Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden. Aus Sicht der Opfer, ihrer Angehörigen und der Bürgerinnen und Bürger ist das unbefriedigend. Zudem können mögliche Verstöße gegen das Legalitätsprinzip das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden erschüttern.

Das Staatsministerium der Justiz wird daher mit diesem Berichtsantrag ersucht, darzulegen, ob die ermittelnden Möglichkeiten seit dem Jahr 2010 wirklich voll ausgeschöpft wurden und inwieweit der oder die jeweils zuständige Justizministerin bzw. Justizminister darüber informiert war. Dabei soll auch berichtet werden, ob und mit welchem Ergebnis das Ministerium geprüft hatte, inwieweit die Staatsanwaltschaften im Sinne einer effektiven Strafverfolgung im Rahmen des Legalitätsprinzips agiert hatten. Dabei ist zu klären, warum die Strafverfolgungsbehörden in der Regel nur nach Initiative und in Kooperation mit der katholischen Kirche tätig geworden sind. Aufgrund des erheblichen Dunkelfelds und der kriminalistischen Erfahrung stellt sich die Frage, warum nicht allein schon die öffentlich bekannt gewordene Übergabe von Akten durch die katholischen Kirchen an Sachverständige zwecks Erstellung eines Gutachtens (dessen Ergebnis erst Jahre später veröffentlicht werden sollte) dafür ausreichen, tatsächliche

Anhaltspunkte für verfolgbare Straftaten anzunehmen und auf eigene Initiative hin staatsanwaltliche Ermittlungen anzustellen. Im Raum standen und stehen eine Vielzahl schwerster Fälle sexuellen Missbrauchs durch Wiederholungstäter bei gleichzeitigen Anhaltspunkten für massive Vertuschungen durch Zuständige in der katholischen Kirche (so auch Erkenntnisse der MHG-Studie, die zu dem Ergebnis kommt, dass in ca. 5 Prozent der untersuchten Akten von Diözesanpriestern Hinweise auf Beschuldigungen des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger ausgemacht werden konnten). Der Verdacht, dass bei Ermittlungen in Missbrauchsfällen gegen die katholische Kirche von den Staatsanwaltschaften und den Gerichten mit zweierlei Maß gemessen wird, ist auszuräumen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl  
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drs. 18/21195**

**Strafverfolgung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im ersten Satz werden nach den Wörtern „wird aufgefordert,“ die Wörter „schriftlich und mündlich“ eingefügt und die Wörter „Landtag im“ gestrichen.
2. Im ersten und fünften Spiegelstrich wird jeweils die Zahl „2010“ durch die Zahl „2017“ ersetzt.
3. Nach dem letzten Spiegelstrich werden folgende Spiegelstriche angefügt:  
„- Wie viele Ermittlungsverfahren im oben genannten Sinne wurden seit dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2016 durch die bayerischen Staatsanwaltschaften eingeleitet, soweit sie sich auf Personen beziehen, die im Missbrauchsgutachten 2010 genannt sind? Wie wurden diese Verfahren jeweils beendet? Wie viele Ermittlungsverfahren wurden aus welchen Gründen eingestellt? Zu wie vielen Verurteilungen mit welchem Strafmaß (mit und ohne Bewährung) kam es?  
- In wie vielen Fällen seit dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2016 fanden Beschlagnahmungen, Durchsuchungen von Wohnungen und Einrichtungen und andere Ermittlungsmaßnahmen durch die Strafverfolgungsbehörden statt, soweit sie sich auf Personen beziehen, die im Missbrauchsgutachten 2010 genannt sind?“

Berichterstatter: **Toni Schuberl**  
Mitberichterstatter: **Tobias Reiß**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 17. März 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Enthaltung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: Zustimmung
- mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gabriele Triebel, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/21195, 18/22330

### **Strafverfolgung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration über Strafverfahren wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zulasten Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker, Ordensangehörige oder sonstige Beschäftigte der katholischen Kirche im Erzbistum München und Freising und in den anderen Bistümern der katholischen Kirche in Bayern mit Aussprache zu berichten. Dieser Bericht ist durch den Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich zu geben und soll Antworten zu den folgenden Fragen beinhalten:

- Wie viele Ermittlungsverfahren im oben genannten Sinne wurden seit dem Jahr 2017 durch die bayerischen Staatsanwaltschaften eingeleitet? Wie wurden diese Verfahren jeweils beendet? Wie viele Ermittlungsverfahren wurden aus welchen Gründen eingestellt? Zu wie vielen Verurteilungen mit welchem Strafmaß (mit und ohne Bewährung) kam es?
- Wie erhielten die Staatsanwaltschaften in diesen Verfahren jeweils Kenntnis vom Verdacht von Sexualstraftaten durch Personal der katholischen Kirche in Bayern? In wie vielen dieser Fälle sind die bayerischen Strafverfolgungsbehörden ausschließlich aufgrund der Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche tätig geworden? Wie viele dieser Strafverfahren gehen jeweils auf Missbrauchsgutachten der katholischen Erzbistümer in Bayern zurück, insbesondere auf den Abschlussbericht der bundesweiten MHG-Studie aus dem Jahr 2018 („Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“), für das Erzbistum München und Freising auf das Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl aus dem Jahr 2010 („Sexuelle und sonstige körperliche Übergriffe durch Priester, Diakone und sonstige pastorale Mitarbeiter im Verantwortungsbereich der Erzdiözese München und Freising in der Zeit von 1945 bis 2009. Bestandsaufnahme – Bewertung – Konsequenz“) sowie auf das Gutachten derselben Kanzlei aus dem Jahr 2022 („Sexueller Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker sowie hauptamtliche Bedienstete im Bereich der Erzdiözese München und Freising von 1945 bis 2019“)?

- In wie vielen Verfahren haben die jeweiligen Bistümer oder Gutachterinnen und Gutachter den Ermittlerinnen und Ermittlern die erforderlichen Akten ohne vorherige Aufforderung der Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt?
- In wie vielen Verfahren wurden den Ermittlern die erforderlichen Akten von den jeweiligen Bistümern oder Gutachterinnen und Gutachtern nicht zur Verfügung gestellt?
- In wie vielen Fällen seit dem Jahr 2017 fanden Beschlagnahmungen, Durchsuchungen von Wohnungen und Einrichtungen und andere Ermittlungsmaßnahmen durch die Strafverfolgungsbehörden statt? In wie vielen dieser Fälle erfolgten diese Maßnahmen nach bzw. auf Grundlage von Missbrauchsgutachten, insbesondere der genannten Gutachten der katholischen Erzbistümer in Bayern?
- Wann und wie erhielten die Strafverfolgungsbehörden Kenntnis von dem im Jahr 2010 von der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl im Auftrag der katholischen Kirche fertiggestellten ersten Gutachten über sexuellen Missbrauch in der Erzdiözese München und Freising?
- Wann hat die zuständige Staatsanwaltschaft sich das erste Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl aushändigen lassen, dessen Ergebnisse die Rechtsanwältinnen und -anwälte zusammen mit Kardinal Reinhard Marx und Generalvikar Peter Beer auf einer Pressekonferenz der Erzdiözese am 3. Dezember 2010 der Öffentlichkeit zusammenfassend vorgestellt haben? Ist es zutreffend, dass die zuständige Staatsanwaltschaft erst im Jahr 2018 das Gutachten erhielt? Wie bewertet die Staatsregierung diesen Vorgang vor dem Hintergrund, dass damit zu rechnen war, dass Vertuschungsversuche seitens damit befasster Stellen in der Erzdiözese nicht unwahrscheinlich bzw. bekannt waren?
- Von wem erhielt die zuständige Staatsanwaltschaft das erste Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl aus dem Jahr 2010? Handelte es sich dabei um das vollumfängliche Gutachten oder um eine geschwärzte Fassung?
- Soweit die zuständige Staatsanwaltschaft das erste, 2010 vorgestellte Gutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl tatsächlich erst im Jahr 2018 angefordert haben sollte: Was waren die Gründe dafür? Fanden diesbezüglich schon vor dem Jahr 2018 Ermittlungen, insbesondere Vernehmungen, Beschlagnahmungen und Durchsuchungen, statt? Wenn nein, warum wurden hier die ermittlerischen Möglichkeiten ab Ende 2010 nicht ausgeschöpft?
- Aus welchen Gründen ergingen nach Veröffentlichung des ersten Gutachtens der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl Ende 2010 keine Weisungen des Staatsministeriums der Justiz an die zuständige Staatsanwaltschaft, hier Ermittlungen aufzunehmen und das Gutachten in Augenschein zu nehmen und auszuwerten?
- Warum wurden von den 204 Strafverfahren, die nach der Veröffentlichung der MHG-Studie 2018 durch die bayerischen Staatsanwaltschaften eingeleitet wurden, 49 Verfahren wegen unzureichender Anhaltspunkte für eine Straftat oder mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt (vgl. die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Toni Schuberl und Gabriele Triebel vom 04.06.2020, Drs. 18/9383)? Was waren jeweils die konkreten Gründe für diese Einstellungen?
- Wie bewertet die Staatsregierung, dass Medienberichten zufolge die bayerischen Generalstaatsanwälte im Jahr 2018 bei einem Treffen aller deutschen Generalstaatsanwälte 2018 sich dafür eingesetzt haben sollen, nicht zu energisch gegenüber der Kirche zu ermitteln (vgl. Steinke, Wenn sich die Kirche über den Rechtsstaat stellt. Süddeutsche Zeitung, 22. Februar 2019)?
- Wie war der Erkenntnisstand der jeweils amtierenden Staatsministerin bzw. des Staatsministers der Justiz zur Frage und zum Stand möglicher strafrechtlicher Ermittlungen, insbesondere nach der öffentlichen Vorstellung des ersten Gutachtens der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl im Jahr 2010 zu Missbrauchsfällen im Erzbistum München und Freising sowie im Jahr 2018 nach Vorstellung der MHG-Studie? Welche Informationen wurden seitens der Staatsanwaltschaften der jeweils amtie-

renden Staatsministerin bzw. des Staatsministers der Justiz berichtet? Und was haben die jeweils zuständige Staatsministerin bzw. der jeweils zuständige Staatsminister der Justiz daraufhin veranlasst?

- Wie gingen und gehen die Staatsanwaltschaften vor, wenn sie Kenntnis davon erlangt haben, dass bayerische Bistümer Akten zu möglichen Missbrauchsfällen zur Begutachtung an Anwaltskanzleien oder an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler übergeben?
- Wie bewertet die Staatsregierung das Dunkelfeld an Missbrauchsfällen in den Bistümern? Wie geht die Staatsregierung hier vor, um Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche möglichst weitgehend aufzuklären?
- Wie beabsichtigt die Staatsregierung mit Blick auf die bekannt gewordenen Missbrauchsfälle vor dem Jahr 2010 (1946 - 2009) die Rolle des Staatsministeriums der Justiz sowie der bayerischen Justiz aufzuarbeiten?
- Wie viele Ermittlungsverfahren im oben genannten Sinne wurden seit dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2016 durch die bayerischen Staatsanwaltschaften eingeleitet, soweit sie sich auf Personen beziehen, die im Missbrauchsgutachten 2010 genannt sind? Wie wurden diese Verfahren jeweils beendet? Wie viele Ermittlungsverfahren wurden aus welchen Gründen eingestellt? Zu wie vielen Verurteilungen mit welchem Strafmaß (mit und ohne Bewährung) kam es?
- In wie vielen Fällen seit dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2016 fanden Beschlagnahmen, Durchsuchungen von Wohnungen und Einrichtungen und andere Ermittlungsmaßnahmen durch die Strafverfolgungsbehörden statt, soweit sie sich auf Personen beziehen, die im Missbrauchsgutachten 2010 genannt sind?

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Mieterschutz gewährleisten – Vorkaufsrecht rechtssicher machen I  
 Drs. 18/19346, 18/22257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
 Umweltgefahren durch Brände von Elektro- und Hybridfahrzeugen  
 frühzeitig begegnen – Verbraucher aufklären; Umfassende  
 Brandschutz-, Vorsorge- und Entsorgungskonzepte schaffen  
 Drs. 18/20116, 18/22253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



6. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Kreislaufgerechtes und nachhaltiges Bauen durch Pilotprojekte in Bayern etablieren  
Drs. 18/21194, 18/22258 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Strafverfolgung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche  
Drs. 18/21195, 18/22330 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mieterschutz gewährleisten – Vorkaufsrecht rechtssicher machen II  
Drs. 18/21203, 18/22259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wasserversorgung in Bayern: Wie werden die Empfehlungen der Expertinnen- und Expertenkommission umgesetzt?  
Drs. 18/21205, 18/22280 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Passgenaue Impfkampagne für Menschen mit Migrationshintergrund und in leicht verständlicher Sprache  
Drs. 18/21301, 18/22255 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU  
Herabstufung des Schutzstatus des Fischotters  
Drs. 18/21308, 18/21963 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU  
Ambulante Pflegedienste entlasten – Bericht zur Ausweisung von Parkplätzen speziell für ambulante Pflegedienste  
Drs. 18/21309, 18/22263 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Novavax-Impfkampagne jetzt starten!  
Drs. 18/21314, 18/22264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur Verteilung von Nuvaxovid  
Drs. 18/21315, 18/22265 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

15. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD  
Polen: Nationale Minderheiten schützen und fördern  
Drs. 18/21325, 18/22234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier, Sylvia Stierstorfer u.a. CSU Keine Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polen  
Drs. 18/21374, 18/22236 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

17. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß u.a. CSU Drohnerdetektionsverfahren in Amberg  
Drs. 18/21375, 18/22331 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Überregulierung von Umbau- und Ausbautvorschriften für Gebäude durch den Bund verhindern  
Drs. 18/21397, 18/22267 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Trigger-Warnungen an bayerischen Hochschulen und Universitäten untersagen – Wissenschaftsfreiheit garantieren!  
Drs. 18/21501, 18/22107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Kultur mit Einzelhandel gleichstellen: Keine 2G- bis 3G-Regeln für zoologische und botanische Gärten, Gedenkstätten, Museen, Theater, Opernhäuser, Konzertsäle und andere Kultureinrichtungen  
Drs. 18/21502, 18/22108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD  
Bayern auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung – Bericht über die Entwicklung der Lebensmittelverschwendung  
Drs. 18/21508, 18/21964 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD  
Menschenrechtsverletzungen in Kasachstan:  
Solidarität mit der Zivilgesellschaft  
Drs. 18/21514, 18/22235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)  
Freiheit der Kunst bewahren: Nein zum antidemokratischen  
Druck auf in- und ausländische Künstler  
Drs. 18/21515, 18/22339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw,  
Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Radikalisierung linker Szene sowie der extremistischen  
Klimaschutz-Bewegung entschieden begegnen!  
Drs. 18/21517, 18/22284 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller,  
Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD  
Regionale und biologische Lebensmittel für die Jüngsten –  
Krippen-Ernährungsprogramm aufsetzen!  
Drs. 18/21519, 18/21965 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Eric Beißwenger, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Offenlegung der Verwendung der Mittel aus dem EU-Aufbaufonds  
Drs. 18/21544, 18/22221 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Beate Merk, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Lieferengpässen von Arzneimitteln entgegenwirken!  
Drs. 18/21547, 18/22266 (ENTH)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

28. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Für ein einheitliches Messstellennetz zur praxisgerechten Ermittlung von Nitratreinträgen in Bayern, Deutschland und Europa  
Drs. 18/21611, 18/22083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)  
Auswirkungen der novellierten Tierschutz-Hundeverordnung auf spezialisierte Bereiche der Hundebildung in Bayern  
Drs. 18/21619, 18/22281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart,  
Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)  
Tuberkulose bei Wildtieren  
Drs. 18/21620, 18/22282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler,  
Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Krieg in Europa: Bayerische Landwirtschaft auf den Ernstfall vorbereiten  
und Versorgungsengpässe vermeiden, bevor es zu spät ist  
Drs. 18/21639, 18/21966 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen,  
Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Grundrechte schützen:  
Zusammenarbeit mit Palantir unverzüglich beenden  
Drs. 18/21641, 18/22285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,  
Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Bayerisches Programm für geflohene Künstlerinnen und  
Künstler aus der Ukraine  
Drs. 18/21645, 18/22340 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



